

# Grundsatzprogramm der Liga für gesundheitliche Selbstbestimmung (LGS)

Entwurf vom 17. April 2018

## Art. 1: Grundlegende Reform des Gesundheitswesens

In Art. 1 Abs. 1 GG heißt es: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist die Aufgabe aller staatlichen Gewalt.“ Daraus leitet sich u. a. das Recht ab, frei über den eigenen therapeutischen Weg zur Gesundwerdung und Gesunderhaltung zu bestimmen. Der Staat hat die Aufgabe, diese Wahlfreiheit zu garantieren.

Das zentrale Anliegen der LGS ist deshalb eine grundsätzliche Reform des Gesundheitswesens, um Bürgern, Patienten und Krankenversicherten die volle gesundheitliche Selbstbestimmung zurückzugeben.

Konkrete Ziele sind:

- Abwehr von ärztlichen oder staatlichen Eingriffen in die körperliche Unversehrtheit, z. B. durch Impf-Mobbing und Zwangsbehandlungen aller Art
- Die Gesetzliche Krankenversicherung (GKV) erhält ihre volle Erstattungs- und Tarifhöhe zurück. Durch ein dadurch mögliches breiteres Angebot an erstattungsfähigen therapeutischen Leistungen entsteht mehr Wahlfreiheit für den Krankenversicherten, z. B. in Richtung Naturheilkunde
- Stärkung des Heilpraktikerberufs
- Stärkung der Freien Hebamme und des Willens der Frau, wie und wo sie gebären will
- Respekt vor dem Willen eines Patienten, wie er sein Sterben gestalten möchte
- Reform des ärztlichen Abrechnungssystems, Stärkung der „sprechenden Medizin“
- Reform des klinischen Abrechnungssystems, Stärkung der Patientenorientiertheit
- Selbstverwaltung von Kliniken und Pflegeeinrichtungen durch engagierte Mitarbeiter
- Eine ehrliche öffentliche Diskussion über die Ursachen von Zivilisationskrankheiten (Fehlernährung, Umweltgifte, Medikamentengifte, E-Smog etc.)
- Stärkung des Verursacherprinzips - wer schädliche Produkte in Umlauf bringt, haftet für die Folgen. Keine Beweislastumkehr zu Lasten des Verbrauchers/Patienten.
- 100 % Bio wird Standard. Jede Denaturierung von Lebensmitteln wird deklarierungspflichtig

## Art. 2: Mündige Bürger setzen der Gewinnsucht globaler Konzerne Grenzen

Eine der großen Herausforderungen für unser Gesundheitswesen ist der zunehmende Einfluss global agierender Konzerne. Das Ziel des Gesundheitswesens muss maximale Volksgesundheit sein. Das ist mit dem Ziel, maximale Gewinne einzufahren, unvereinbar.

Es ist konsequentes Handeln von Seiten des Gesetzgebers und der Regierung notwendig. Dies wird jedoch nur bei einer gleichzeitigen Stärkung von Bewusstsein und Mündigkeit der Menschen langfristigen Bestand haben. Das erfordert:

1. Eine ehrliche und sachliche Informationspolitik
2. Bürger- und Volksentscheide bei allen wichtigen Fragen
3. Die Stärkung der Familie als Ort, an dem emotionalen Grundbedürfnisse gestillt werden

4. Die Abschaffung von Zwang im Bildungswesen
5. Weg vom Zentralismus, Umsetzung des Subsidiaritätsprinzips

### **Art. 3: Der Weg zur Verfassung führt über das Grundgesetz**

Solange das deutsche Volk nicht über eine eigene Verfassung abgestimmt hat, ist das Grundgesetz unsere oberste rechtliche Instanz. Wir erteilen bis dahin allen Bestrebungen, die Gültigkeit des Grundgesetzes in Frage zu stellen, eine klare Absage. Bundeskanzler, Regierung und Parlament sind unbedingt an das Grundgesetz gebunden!

### **Art. 4: Von unserem Land darf nur Frieden ausgehen**

Nach zwei verlorenen Weltkriegen haben die Überlebenden geschworen, dass nie wieder Krieg von deutschem Boden ausgehen darf. Dazu stehen wir: Deutsche Soldaten haben bei ausländischen Kriegseinsätzen nichts verloren. Wir distanzieren uns von allen Bündnissen, die sich nicht auf die reine Selbstverteidigung ihres Territoriums beschränken.

Zur Sicherung von Ressourcen, über die Deutschland nicht selbst verfügt, setzen wir auf freundschaftliche und verlässliche Beziehungen sowie auf Interessenausgleich mit allen Völkern der Weltgemeinschaft.

Der Nachkriegsstatus muss endgültig beendet werden. Deutschland muss seine volle Souveränität zurückerhalten. Fremde Truppen müssen Deutschland verlassen.

### **Art. 5: Das Geldsystem muss der Allgemeinheit dienen**

Wir fordern ein sogenanntes „Vollgeld“, d. h. privaten Banken darf es nicht mehr erlaubt sein, Geld aus dem Nichts zu schöpfen. Der Geldumlauf darf nicht auf Schulden basieren, denn dadurch wird der Staat durch das Großkapital erpressbar.

Stiftungs- und Steuerrecht werden reformiert. Selbständigkeit muss sich wieder lohnen.

Wir fördern Modellversuche für neue Wege des wirtschaftlichen Miteinanders und werden sie wissenschaftlich begleiten und auswerten.

### **Art. 6: Keine Kompromisse bei Koalitionsverhandlungen**

Wir führen ausschließlich ressortabgrenzende Koalitionsverhandlungen. Unser Ziel ist, wenigstens für das Gesundheitsressort die Verantwortung zu übernehmen.

### **Art. 7: Crowdfundig-basierte Nachrichtenagenturen statt GEZ-Gebühren**

Angesichts der Fülle an Informationen, die uns über die neuen Medien erreichen, ist die künstliche Aufrechterhaltung von Staats-Sendern nicht mehr zeitgemäß. Wir fördern stattdessen crowdfunding-basierte Alternativen, die unabhängig von politischen Seilschaften und den Interessen des Großkapitals berichten.

Liga für gesundheitliche Selbstbestimmung LGS (Partei in Gründung)  
c/o Hans U. P. Tolzin  
Widdersteinstr. 8  
71083 Herrenberg  
info@liga-partei.de